

35. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 13.10.2022

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1

Gegenstand: Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern

Fragen, Anregungen und Wünsche von Bürgerinnen und Bürgern liegen nicht vor.

Gegenstand: Kita Cité de France;
Anfrage der Stadtratsfraktion Die Linke vom 02.10.2022
[Vorlage: 1249/2022](#)

Gegenstand: Städt. Kindertagesstätte Cité de France
Errichtung eines Kindertagesstätten-Neubaus mit angegliederter
Frischküche am Standort „Am Russenweiher“
[Vorlage: 1212/2022](#)

TOP 2 und TOP 7 werden wegen des Zusammenhanges gemeinsam erörtert.

Die Vorlagen sind dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteile des Beschlusses.

In seiner Begründung nimmt Herr Popescu für die Linke Bezug auf den Inhalt des Antragsschreibens. Frau Dittus (Fachbereichsleitung 1) verweist darauf, dass für inhaltliche KiTa-Fragen die ausschließliche Zuständigkeit von Jugendhilfeausschuss und Stadtrat vorliegt. Der ASBK hat diesbezüglich keine Beschlussfassungskompetenz.

Den Anfrageteil der Linken zu TOP 2 beantworten Herr Stöckel (Kindertagesstätten) und Herr Nolasco (Fachbereichsleitung 5):

zu Frage 1) *Der Neubau der Kita Cite de France sollte zunächst am bisherigen Standort erfolgen. Offensichtlich ist hierzu aber kein ausreichend freies Gelände an diesem Standort vorhanden. Die Bedarfszahlen an erforderlichen Kita-Plätzen für diesen Stadtteil dürften sich aber wohl kaum verändert haben. Sind die damals ermittelten Bedarfszahlen überholt? Ist eine örtlich so weitreichende Verlagerung sinnvoll und zulässig?*

Die beiden Kita-Standorte „Bolzplatz – Wittelsbacher Straße“ und „Am Russenweiher“ zählen in der Kita-Bedarfsplanung zum Planungsgebiet Speyer-Süd.

Gem. Kita-Bedarfsplanung sinken die Kinderzahlen in den kommenden Jahren, so dass die Stadt Speyer mit einem Kita-Neubau am Standort „Am Russenweiher“ sowohl im Stadtteil Speyer-Süd (130%) als auch im gesamten Stadtgebiet (104%) den Rechtsanspruch auf eine institutionelle Kindertagesbetreuung sicherstellen kann. Eine „Überversorgung“ von Kita-Plätzen soll vermieden werden.

	U2 (Zielwert: 20%)	Ü2 (Zielwert: 100%)
Speyer-Süd	24,8% (+ 10 U2-Plätze)	130,38% (+ 154 Ü2-Plätze)
Speyer-Gesamt	12,9% (- 60 U2-Plätze)	103,90% (+ 78 Ü2-Plätze)

Sollten sich in den Folgejahren weitere Bedarfe entwickeln, wird die Kita-Bedarfsplanung in Abstimmung mit den jeweils zuständigen Fachabteilungen einen weiteren Kita-Neubau im Jugendhilfeausschuss bzw. Stadtrat einbringen.

zu Frage 2) *In unmittelbarer Nähe der Kita Cite de France befinden sich die neu errichteten städtischen Kitas Farbklecks und Pünktchen. Diese 2 Kitas weisen eine außerordentlich geringe Außenspielfläche auf. Waren die Außenflächen bei Errichtung der Kitas groß genug bemessen? Entsprechen die Außenflächen den Richtlinien des Landes?*

Von Seiten des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung und des Bildungsministeriums gibt es keine Richtlinien bzgl. der Größe des Außengeländes sowie der Größe der Räume einer Kindertagesstätte. Es besteht die Empfehlung für das Außengelände 10 m² pro Kind vorzusehen. Bei beiden Kindertagesstätten werden die Empfehlungen zur Größe des Außengeländes übererfüllt:

Städt. Kindertagesstätte Farbklecks (Inbetriebnahme: 07/2011):

- Betreuungsangebot: 110 Kita-Plätze
- Spielfläche: 1.470 m²

Städt. Kindertagesstätte Pünktchen (Inbetriebnahme: 08/2012):

- Betreuungsangebot bis 04/2020: 30 Plätze für Kinder im Alter von 0 bis 3 Jahren
- Betreuungsangebot ab 10/2020: 45 Plätze für Kinder im Alter von 0 bis 6 Jahren
- Spielfläche ab 2023 (Erweiterung): 1.030 m²

Mit der Novellierung des KitaG RLP wurde im Rahmen der Kita-Bedarfsplanung beschlossen, dass das Betreuungsangebot der städt. Kindertagesstätte Pünktchen für Kinder im Alter von 0 bis 6 Jahren erweitert wird. Durch die Erhöhung des Platzangebotes ist eine Erweiterung des Außengeländes erforderlich, die derzeit umgesetzt wird.

zu Frage 3) *Vor kurzem wurde der zwischen den Kitas Farbklecks und Pünktchen einerseits und der Kita Cite de France andererseits gelegene öffentliche Basketballplatz und Tischtennisplatz entfernt und mit einem hohen Zaun von der ausgewiesenen öffentlichen Nutzung ausgeschlossen. Warum erfolgte dies, wem wird der Platz nun zugeordnet, ist eine Umnutzung eines öffentlichen Platzes rechtlich so zulässig?*

Vgl. Antwort 2

Das umzäunte Gelände wird als Außengelände für die städt. Kindertagesstätte Pünktchen genutzt.

zu Frage 4) *Der bisherige öffentliche Platz wurde intensiv von den dortigen Anwohnern und Jugendlichen genutzt. Wird dieser nunmehr zweckentfremdete Platz der Öffentlichkeit wieder zugänglich gemacht?*

Vgl. Antwort 2 und 3

Nein – das umzäunte Gelände wird zukünftig durch die städt. Kindertagesstätte Pünktchen genutzt

zu Frage 5) *Im Geltungsbereich des gerade vor kurzem neu beschlossenen Bebauungsplans Russenweiher ist eine Gemeinbedarfsfläche zur Errichtung einer Kita vorgesehen, das Gelände ist dabei mit ca. 1.800 qm Grundstücksgröße vorgesehen. Dieser Grundstücksgröße müssen entsprechend ermittelte Bedarfszahlen für Kita- Plätze zugrunde gelegen haben. Haben sich diese Bedarfszahlen nun binnen weniger Monate so verringert, dass die erforderlichen Kita- Plätze der Kita Cite de France in die Kita am Russenweiher integriert werden können? Wurden die neuen Bedarfszahlen normgerecht ermittelt? Die im Jugendhilfeausschuss gegebene Erläuterung ist nicht plausibel. Kann hier eine nachvollziehbare Ermittlung vorgelegt werden?*

Vgl. Antwort 1

Am Kita-Standort „Am Russenweiher“ wird eine 4-gruppige Kindertagesstätte mit angegliederter Frischküche realisiert – die Realisation einer weiteren Kindertagesstätte ist nicht erforderlich, da eine „Überversorgung“ von Kita-Plätzen vermieden werden soll.

zu Frage 6) Am Russenweiher soll nun eine 4-gliedrige Kita auf ca. 1800 qm Gelände einschl. Frischküche errichtet werden. Das Grundstück ist aber nach den einschlägigen Richtlinien des Landes für eine solche Kita selbst bei 2-geschossiger Bebauung wohl eher zu gering. Kann hier eine nachvollziehbare überschlägige Berechnung zur Kontrolle vorgelegt werden? Ist die zusätzliche Eingliederung der Kita Cite de France damit überhaupt sinnvoll und rechtlich möglich?

Der Bebauungsplan „Am Russenweiher“ berücksichtigt bereits einen 4-gruppigen Kita-Neubau mit angegliederter Frischküche. Der Kita-Neubau soll in 2-geschossiger Bauweise realisiert werden. Für den Bau von Kindertagesstätten bestehen lediglich Empfehlungen, die die zuständigen Fachabteilungen bei der Planung des Kita-Neubaus berücksichtigen.

Derzeit wurde lediglich das benötigte Grundstück festgelegt. Der im Bebauungsplan eingefügte Baukörper hat ca. 600 m² Grundfläche. Das Gelände hat 1833 m². Ausgelegt wurde der Neubau für 90 Kinder. Somit ist die Empfehlung von 10m² pro Kind mehr als erfüllt

zu Frage 7) Bei Eingliederung der Kita Cite de France ist das Gelände am Russenweiher für eine 4-gliedrige Kita nach diesseitiger Auffassung definitiv zu klein. Es wird aber damit auch jegliches zukünftige Entwicklungspotenzial einer Kita allein aus räumlichen Gründen unterbunden. Anforderungen an Kitas unterliegen immer wieder Anpassungen an neue Erfordernisse und damit Änderungen. Wenn diese aber selbst bei einem jetzt vorgenommenen Neubau von vornherein nicht gegeben sind, ist ein solches Vorhaben nicht zukunftsweisend und nachhaltig. Können hier seitens der Verwaltung Handlungsperspektiven für zukünftige Entwicklungen aufgezeigt werden?

Vgl. Antwort 6

Auch bei zurückliegenden Planungen wurden keine Reserveflächen eingeplant. Die Kita-Bedarfszahlen geben die notwendigen Planungen vor. Geänderte Anforderungen an die Raumgrößen sind uns in den letzten 20 Jahren nicht bekannt.

zu Frage 8) Ist die Behandlung des Bauantrags für einen Neubau im Gestaltungsbeirat vorgesehen? Wenn nein, warum nicht?

Der Fachbereich 5 wird im Vorfeld des Baugenehmigungsverfahrens das Vorhaben intensiv begleiten bzw. beraten und die Entwurfsfassung dem Gestaltungsbeirat zur Begutachtung vorlegen.

Die Vorsitzende weist auf die einstimmige Empfehlung des Jugendhilfeausschusses hin, die man zur Beschlussfassung geben wird, mit der Ergänzung, im Jugendhilfeausschuss auch Fachleute aus Hochbau und Stadtplanung zur Sitzung hinzu zu ziehen, um bei eventuellen Baufragen ins Detail zu gehen.

Herr Popescu zeigt sich verwundert, dass man einen Standort aufgibt und am Russenweiher einen neuen schafft, für den laut B-Plan eigentlich eine neue 5 gliedrige-KiTa vorgesehen war. Er hinterfragt für die Linke die Gründe für die kleinere Planung, die den Bedarf voraussichtlich nicht decken wird. Herr Stöckel erläutert, die Detail-Bedarfsplanung habe gezeigt, dass im Bereich Priesterseminar sehr viel weniger Familien mit kleinen Kindern erwartet werden und auch Umzüge im Stadtgebiet Auswirkungen auf die Struktur haben. Laut Bedarfsplanung erwartet man in der Reihenhaussiedlung nur wenige Kinder im KiTa-Alter. Die Versorgungsquote liegt im Stadtdurchschnitt bei 103/104 % und bei 130 % in Speyer Süd.

Die FDP wird der Vorlage laut Herrn Oehlmann überwiegend zustimmen, aus monetären Gründen aber nicht der Frischküche. Aus seiner Sicht wäre eine spätere, zentrale Frischküche mit Auslieferung an die anderen Einrichtungen möglich. Außerdem möchte er

wissen, ob eine Zurverfügungstellung der Freifläche der KiTa Pünktchen für die Allgemeinheit denkbar ist und mit welchem Personalkostenanteil für die Frischküche kalkuliert wird. Nach Auskunft von Herrn Stöckel geht man in der Kalkulation bei den freien Trägern bei Convenience von ca. 25 Minuten/Essen aus, bei einer Frischküche beträgt die Zeit 45 Minuten/Mahlzeit. Der Bolzplatz an der KiTa Pünktchen bleibt zu 80-85 % weiterhin frei verfügbar.

Herr Dr. Wilke bedankt sich für die Anfrage, die eine sehr gute Gelegenheit für eine fundierte Stellungnahme der Verwaltung darstellt. Er sieht Speyer in Sachen KiTa-Versorgung sehr gut aufgestellt, weshalb es für die CDU keinen Grund für weitere Verweisungen in andere Gremien gibt.

Angesichts der hohen Investitionskosten spricht sich Herr Ableiter für eine wohnortnahe Erreichbarkeit im Quartier aus. Deshalb sollte die bestehende Einrichtung erhalten bleiben und am Russenweiher zunächst nur ein 2gliedriger Neubau entstehen. Eine spätere Ausweitung der Kapazität möglichst im Rahmen der Ausbaupläne der Stadt sollte erhalten bleiben. So jedenfalls sei die Planung nicht nachhaltig. Die Vorsitzende fragt nach, ob die räumlichen Zustände in der Cité-KiTa bekannt seien. Es handelt sich um ehemalige GEWO-Wohnungen, die als Kindertagesstätte denkbar schlecht geeignet sind und verweist auf die Vorlage.

Herr Haupt erkundigt sich nach dem Personalstock für das Ausbaumaximum. Herr Stöckel geht von 10 bis 12 Personalstellen für eine 4gliedrige Einrichtung aus.

Die SPD ist laut Herrn Feiniler mit der Vorlage grundsätzlich einverstanden, verwundert zeigt man sich aber, dass so wenige Kinder in dem Neubaugebiet prognostiziert werden. Die Planungen spiegeln die Erfahrungen aus den bisherigen Neubaugebieten wider, so Herr Lehnen-Schwarzer.

Frau Keller-Mehlem verweist auf den Informationsfluss bei kleineren Fraktionen, die nicht im Ausschuss vertreten sind und fragt nach, ob nicht Vorfeldinformationen möglich wären. Sie erinnert an die Essenssituation bei Familien mit wenig Geld. Die Beurteilung einer Zentralküche gegenüber Einzelfrischküchen wurde bereits vor Jahren vorgenommen und eine solche als schlechter bewertet. Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzungen des JHA für alle öffentlich zugänglich sind.

Frau Rehberger vertraut seitens der SWG auf die Erfahrungswerte der Verwaltung. Sie fragt nach, ob die Küchenplanung auch für eine Versorgung der Einrichtungen Pünktchen und Farbklecks geeignet sein könnten. Dies ist laut Herrn Stöckel leider nicht möglich. Diese werden über cook & freeze versorgt und bieten zumindest eine frische Suppe täglich

Die Grünen fühlen sich laut Frau Fischer-Wolfert jetzt gut informiert. Sie gibt ein Plädoyer für Frischküchen ab.

Frau Trageser-Glaser ist nicht davon überzeugt, ob sich die Zahlen nicht doch in 4-5 Jahren nach oben bewegen werden. Sie fragt, ob dann eine Aufstockung Pünktchen möglich wäre. Außerdem möchte sie wissen, ob das besondere pädagogische Konzept der Cité de France auf die neue KiTa übertragen werden kann. Ansonsten erwartet sie eine Abstimmung der Eltern mit den Füßen. Das Reggio-Pädagogikprinzip wird laut Herrn Stöckel übernommen, das von Familien bewusst gewählt wird. Alle Erzieherinnen und Erzieher sind darin ausgebildet (stammt aus Norditalien, an den Bedürfnissen der Kinder orientiert, sog. Situationsansatz). Die KiTa Pünktchen ist in Modularbauweise errichtet. Die erlaubt nach Herrn Lehnen-Schwarzer eine Bauartgenehmigung nur für den bestehenden Bau. Eine Aufstockung ist nicht zulässig. Er lädt dazu ein, die KiTa zu besuchen.

Herr Haupt möchte für die AfD wissen, welche Kosten für die Eltern pro Platz in der neuen KiTa anfallen. Die Vorsitzende verweist darauf, dass in RLP bereits seit Längerem die Beitragsfreiheit gilt und deshalb für die Eltern keine Mehrkosten anfallen.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Jugendhilfeausschusses beschließt der Stadtrat mehrheitlich (bei 3 Gegenstimmen: F. und M. Hinderberger – SPD, BGS und 2 Enthaltungen: Linke):

Die Stadt Speyer wird beauftragt am Standort „Am Russenweiher“ einen 4-gruppigen Kindertagesstätten-Neubau mit angegliederter Frischküche als Kompensation für die städt. Kindertagesstätte Cité de France zu errichten.

Der bisherige Standort „Wittelsbacher Straße“ wird aufgegeben, um die vorhandene Grünfläche sowie den Bolzplatz zu erhalten. Die Gebäude- und Betriebsträgerschaft für die Kindertagesstätte einschl. Frischküche bleibt bei der Stadt Speyer.

Der Jugendhilfeausschuss ist fortlaufend über den Umsetzungsfortschritt zu unterrichten.

[Protokollnotiz:]

Die FDP-Fraktion trägt den Beschluss zur angegliederten Frischküche nicht mit.

**Gegenstand: Stellplatzsatzung;
Anfrage der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.10.2022
Vorlage: 1250/2022**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Herr Czerny stellt fest, dass Stadtratsanträge von der Verwaltung mal schnell, mal langsam und seltenen Fällen besonders langsam bearbeitet werden. Die Erarbeitung der Stellplatzsatzung ist seit über 2 Jahren beauftragt, orientiert am Beispiel Mainz. Bei einigen, schlecht geplanten Beschlüssen u.a. zum Thema Fahrradstellplätze hätte er sich zuletzt eine bessere Planung gewünscht.

Herr Nolasco räumt eine Verzögerung aufgrund anderer Satzungsaufgaben der Bauverwaltung ein. Aus Sicht der Verwaltung ist die Einführung einer Stellplatzsatzung für die Stadt Speyer nur zielführend mit der parallelen Erstellung einer Stellplatzablösesatzung sowie einer Regelung für alternative Mobilitätskonzepte, um den Nachweis von baurechtlich notwendigen Stellplätzen in Anteilen zu reduzieren. Im Baustein alternative Mobilitätskonzepte gibt es bundesweit kaum öffentlich-rechtliche Regelungen oder Verträge, diese dauerhaft zu besichern. Andere Kommunen versuchen, über die Bauleitplanung (z.B. in Form von sogenannten vorhabenbezogenen Bebauungsplänen i.V. mit Grundstücksverkaufsverträgen) Regelungen zu schaffen, die über einen Zeitraum von 10-20 Jahren hinausgehen. Das Land hat auf Anfrage mitgeteilt, dass man aktuell nicht beabsichtigt, die Verwaltungsvorschriften für Stellplätze zu ändern. Das heißt, für die Kommune sind eigene Regelungen notwendig.

Die Verwaltung schlägt daher vor, im kommenden Jahr den Entwurf einer Stellplatzsatzung i.V. mit einer Novellierung der Stellplatzablösesatzung und eine Strategie zur Organisation des Ruhenden Verkehrs vorzulegen. Bis dahin wird noch um etwas Geduld gebeten.

Im kommenden Verkehrsausschuss (14.11.2022) wird es ein Vortrag der Stadt Landau über die dortige Praxis der Bewohnerparkkonzepte geben.

**Gegenstand: Radverkehrskonzept;
Anfrage der Stadtratsfraktion Unabhängig - für Speyer!
vom 03.10.2022
Vorlage: [1251/2022](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Die Begründung erfolgt durch Frau Keller-Mehlem. Seit der Verabschiedung 2016 hat sich schon einiges verändert. Die Unfallzahlen von 2013 waren im Vergleich aber damals schon recht hoch. Gefordert ist immer gegenseitige Rücksichtnahme. Auch bauliche Bedingungen, z.B. beim Ärztehaus am Bahnhof spielen eine Rolle; dort erlebt sie fast täglich knifflige Situationen. Daher wäre es interessant, zu erfahren, ob es Veränderungen in den Unfallzahlen gibt.

Laut Verwaltung wurde eine entsprechende Anfrage an die Polizei gerichtet, die Antwort dazu steht aber noch aus. Die Vorsitzende schlägt vor, die Punkte in der Sitzung ASBK/VA am 08.12.2022 zu besprechen, in der ein ausführlicher Sachstandsbericht zum Radverkehrskonzept erfolgen soll. Im ASBK am 03.11.2022 sind zusätzlich Informationen über die Situation zur Schifferstadter Straße vorgesehen.

**Gegenstand: Marktfrühstück;
Antrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 22.09.2022
Vorlage: 1254/2022**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Zur Begründung führt Herr Oehlmann an, dass das Angebot in Mainz sehr gut angenommen wurde. Die FDP hätte gerne die Einschätzung der Verwaltung dazu. Die tolle Lage am Königsplatz lädt ein, Pfälzer Lebensfreude mit den Nachbarn zu teilen. Neben Winzern aus der Region könnte für das leibliche Wohl auch ein Stellplatz für einen Essensanbieter eingeplant werden.

Die Vorsitzende erwidert, in Mainz habe die Ausgestaltung eher schon überhandgenommen. Der Wochenmarkt steht vor der Rückkehr auf den Königsplatz. Abzugrenzen seien die Zuständigkeiten zwischen Marktmeisterei und WiFö/Stadtmarketing. Primär gilt das Satzungsrecht der Wochenmarkt-Satzung für die Marktbesucher. Es soll kein zusätzliches Veranstaltungsangebot mit kommerziellen Anbietern daraus entstehen.

Herr Kabs begrüßt seitens der CDU den Vorschlag grundsätzlich. Man sei offen für neue Profile. Er würde jedoch den Begriff Winzer um Gastronomie, bzw. Schaustellerbetriebe erweitern wollen und verweist auf den Markt in Calw. Dort gibt es ein wöchentliches „Calwer Marktrezept“ zum Nachkochen, dies könnte man als Vorschlag übernehmen.

Frau Rehberger (SWG) möchte als Idee auch die Kulturschaffenden, z.B. Musik, mit einbinden. Gleichzeitig soll aber vermieden werden, dass Konkurrenzsituationen mit den eigentlichen Marktbesuchern geschaffen werden (z.B. Käseverkauf).

Herr Popescu sieht gute Ideen, rät aber zur Vorsicht. Ein Prüfantrag ja, eine Aufwertung ja, aber immer unter dem Aspekt, was passt zu Speyer? Die Linke warnt davor, ein zusätzliches Marktfest einzuführen. Der Kaffeestand wird bereits jetzt sehr gut angenommen; es gilt, keine Konkurrenzsituationen zu kreieren. Es sollten keine externen Winzer als Event angekartet werden, wenn dann sollten sie als Marktbesucher ihren Wein verkaufen.

Das Event in Mainz ist nach Informationen von Herrn Feiniler schon eine ganz andere Nummer. Die Stadt überlege, es wieder abzuschaffen, weil es offenbar völlig aus dem Ruder läuft. Die SPD ist dem Antrag generell zugetan, möchte das Marktkonzept aber generell neugestalten. KA, MA, LD verfügen bereits über andere Marktangebote, die man sich ansehen könne. Eine Ansiedlung im Kulturhof lehnt er wegen der räumlichen Trennung ab.

Ein Winzerstand ist laut Herrn Ziesling mit dem Ausschank von Alkohol schon am Morgen verbunden. Dies sei ein schlechtes Beispiel für Familien mit Kindern, weshalb er den Antrag ablehnt.

Eine Prüfung ist nach Auffassung von Frau Zachmann grundsätzlich eine gute Idee. Man sollte das Marktgeschehen aber nicht überlasten und keine Konkurrenz für den Kaffeestand schaffen. Wichtiger ist ihr die grundsätzliche Möblierung/Gestaltung/Entsiegelung des Marktplatzes.

Herr Ableiter zeigt sich erfreut über die Rückkehr des Marktes in die Innenstadt, der aber nicht mit einer großflächigen Entsiegelung möglich sei, wohl aber mit einem durchlässigen Belag für eine Versickerung. Außerdem müssen Bäume für eine Schattierung gepflanzt werden. Er habe viele gute Ideen gehört, auch den Weinhandel. Speyer war im Mittelalter der größte

Umschlagplatz für Pfälzer Wein in die ganze damalige Welt, davon zeugen die vielen Gewölbekeller in der Innenstadt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 2 Gegenstimmen: Ziesling, Weber – B90/Grüne und 2 Enthaltungen: Fischer-Wolfert – B90/Grüne, Faust – Linke):

Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten der Umsetzung eines Marktfrühstückes einmal monatlich in den Monaten April bis Oktober nach Mainzer Vorbild für die Stadt Speyer zu prüfen.

Gegenstand: Ergebnishaushalt 2022; überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln nach § 100 Abs. 1 GemO bei HHSt. 11440.5624100 (Technikunterstützte Informationsverarbeitung (TUI); Software)
Vorlage: 1245/2022

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Frau Rehberger stellt fest, dass solche Kosten doch nicht unerwartet kommen, weshalb sie eine Stellungnahme der Verwaltung erwartet.

Nach Auskunft von Frau Beigeordneter Selg ist der Hintergrund, dass die Stadtverwaltung an den Rahmenvertrag des BMI gebunden ist. Ursprünglich war ein Verzicht auf Updates und Wartung in diesem Jahr vorgesehen. Aufgrund der Änderung in den vertraglichen Bedingungen hat man sich aber doch dazu entschlossen, um die IT-Sicherheit für virtualisierte Server sicherzustellen. Microsoft-Produkte werden auch für die Schulen verwendet. Finanziert wird das über Einsparungen bei der Hardware.

Herr Czerny kritisiert die Abhängigkeit von einem Monopolisten, dem man in der gegenwärtigen Situation nicht entkommen kann; einem Monopolisten, der keine Steuern zahlt, was für ihn eine unsoziale Perversion darstellt. Er fordert zum wiederholten Male, Möglichkeiten zu prüfen, um auf Alternativen auszuweichen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 2 Gegenstimmen: Czerny – B90/Grüne, AfD) die überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln nach § 100 Abs. 1 GemO in Höhe von 100.000 € bei HHSt. 11440.5624100 (Technikunterstützte Informationsverarbeitung; Software).

**Gegenstand: Städt. Spielhaus Sara Lehmann und Stadtteiltreff Nordpol
Regelungen zur Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch der
Einrichtungen**
Vorlage: 1213/2022

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Spiel- und Lehrstuben werden laut Verwaltung vom Landesgesetz nicht unterstützt. Daher gehe man einen eigenen Speyerer Weg.

Für Frau Queisser ist ein niederschwelliges Angebot wichtig, das keine Konkurrenz zur Hortbetreuung darstellen soll. Als Zusatzantrag für die SPD formuliert sie, dass ab und zu ein warmes Mittagessen angeboten werden soll, statt nur ein Snack. Die Vorsitzende nimmt das als Prüfauftrag dazu, ob eine Finanzierung über eine Stiftung der Stadt möglich ist.

Herr Dr. Wilke spricht von einer Finte der Landesregierung in Mainz. Die Vorlage sei die richtige Reaktion der Stadt darauf. Die Einrichtungen leisten seit Jahrzehnten gute Arbeit. Jeder Euro sei gut angelegt, weshalb die CDU den auch SPD-Antrag unterstützt. Man müsse auch in Mainz vorbringen, dass es sich um einen Rückschritt gegenüber der früheren Rechtslage handelt.

Herr Ableiter verweist auf den Widerstand der Mitarbeitenden in den Einrichtungen gegen dieses Gesetz, bis hin zu Demonstrationen. Die neue Regelung schafft zu exakt 100 % das Gegenteil dessen, was man auf diesem Gebiet machen kann.

Herr Schneider erinnert an die Sitzung der AG Strategische Steuerung, wonach überall ein Preisschild dranhängt. Diese Preisangabe fehlt auf der Verwaltungsvorlage. Herr Stöckel wendet ein, es handelt sich lediglich um den Verzicht auf die Elternbeiträge und hat primär nichts mit den Kosten zu tun. Dem widerspricht Herr Schneider, durch den Verzicht auf einen Eigenanteil kommt es zur Minderung auf der Einnahmenseite. Die Verwaltung wisse also nicht, was die Einrichtungen kosten. Die Vorsitzende sagt zu, dass diese Angaben mit dem Protokoll übermittelt werden.

Laut Frau Keller-Mehlem hat sich an der Sinnhaftigkeit der Spiel- und Lernstuben nichts verändert. Wichtig sei ein regelmäßiges Angebot.

Herr Oehlmann möchte für die FDP eine Erhebung über die soziale Klientel der Nutzer in den nächsten zwei Jahren. Die Vorsitzende sagt zu, die Abgrenzung einer Spiel- und Lernstube gegenüber einer Hort-Einrichtung mit dem Protokoll zu versenden. Dies werde evtl. einige Rückfragen erübrigen.

Frau Zachmann und Frau Weber bringen ihre Unterstützung für dieses sehr wichtige Angebot in Speyer zum Ausdruck.

Herr Popescu zeigt sich erfreut über die große Einigkeit im Stadtrat und spricht von einer Verschlimmbesserung der gesetzlichen Grundlagen in der Kinderbetreuung. Diese darf nicht abhängig vom Geldbeutel der Eltern sein.

Die Vorsitzende konkretisiert nochmals: Das Spielhaus Sara Lehmann steht in der Trägerschaft der Stadt, der Stadtteiltreff Nordpol in der des Kindeschutzbundes.

Frau Trageser-Glaser erinnert daran, dass beide Einrichtungen mühsam geschaffen wurden, um Kinder von der Straße zu holen. Die Angebote der offenen Jugendarbeit seien wichtig für die Sozialisierung.

Die Vorsitzende sieht in der Beschlussfassung auch ein Signal an die Erzieherinnen und Erzieher, dass der Rat ihre Arbeit unterstützt und wertschätzt.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Jugendhilfeausschusses beschließt der Stadtrat mehrheitlich (bei 2 Gegenstimmen: AfD, WG Schneider):

Für den Besuch des städt. Spielhauses Sara Lehmann und des Stadtteiltreffs Nordpol werden die bestehenden Regelungen zur Erhebung von Elternbeiträgen beibehalten. Es werden weiterhin keine Elternbeiträge erhoben.

[Ergänzende Hinweise des Fachbereichs 4 (Jugend, Familie, Senioren und Soziales), Abteilung 460 (Kindertagesstätten) als Protokollnotiz:]

(1) Definition Spiel- und Lernstuben

Gem. § 5 der Landesverordnung zur Ausführung des Kindertagesstättengesetzes vom 31.03.1998 (KiTaG ALT) sind „*Spiel- und Lernstuben Kindertagesstätten in sozialen Brennpunkten, die Kinder aller Altersgruppen unter Berücksichtigung ihrer besonderen Lebensbedingungen und des sozialen Umfelds fördern. Spiel- und Lernstuben sollen in der Regel ganztägig geöffnet sein. Darüber hinaus ist es erforderlich, dass die notwendige Gemeinwesenarbeit fachlich sichergestellt wird und dass die Spiel- und Lernstuben mit den Grundschulen zusammenarbeiten*“.

(2) Kosten Spiel- und Lernstuben

Für die Stadt Speyer fallen derzeit folgende Sach- und Personalkosten für die beiden Spiel- und Lernstuben an (Kostenschätzung):

- **Stadtteiltreff Nordpol (Träger: Deutscher Kinderschutzbund Speyer e.V.):**
 - ⇒ Personalkostenzuschuss Stadt Speyer: ca. 143.000,00 € p.a.
(Landeszuschüsse wurden bereits abgezogen)
 - ⇒ Sachkostenzuschuss Stadt Speyer: 12.200,00 €
 - ⇒ Gesamtkosten: ca. 155.200,00 €

- **Städt. Spielhaus Sara Lehmann (Träger: Stadtverwaltung Speyer):**
 - ⇒ Personalkosten Stadt Speyer: ca. 130.000,00 € p.a.
(Landeszuschüsse wurden bereits abgezogen)
 - ⇒ Sachkosten Stadt Speyer: ca. 13.700,00 €
 - ⇒ Gesamtkosten: ca. 143.700,00 €

(3) Mittagsverpflegung Spiel- und Lernstuben

Beide Kita-Träger haben sich im JHA vom 28.09.2022 dafür ausgesprochen die aktuelle Mittagsverpflegung so niedrigschwellig wie möglich zu belassen, d.h. weiterhin lediglich einen Mittagssnack anzubieten. Wir gehen davon aus, dass die Einführung von Verpflegungskostenbeiträgen ebenfalls dazu führen würde, dass Eltern das Angebot der Spiel- und Lernstuben nicht mehr wahrnehmen würden. Des Weiteren verfügen beide Einrichtungen nicht über die erforderlichen Raumkapazitäten, um eine Mittagsverpflegung in der Einrichtung herzustellen, d.h. es müsste ein externer Caterer beauftragt werden.

Gegenstand: Entwicklung einer Klima-Strategie für Speyer
Vorlage: 1231/2022

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Frau Beigeordnete Münch-Weinmann berichtet über die Neuausrichtung des Klimaschutzes, die auch bereits im Ausschuss für Stadtklima, Umwelt und Nachhaltigkeit umfassend beraten wurde. Die noch offenen Beschlussvorlagen der früheren Klimaschutzbeauftragten sollen dabei in die neue Strategie eingebunden werden.

Workshops nach den Ausschusssitzungen haben sich wegen der langen Dauer nicht bewährt. Für 2023 kündigt sie eine neue Konzeption an. Die Umweltabteilung steht in Kontakt mit dem renommierten Wuppertal-Institut zur weiteren Koordinierung. Im November wird eine erste Veranstaltung unter der Leitung des Instituts stattfinden.

Die Vorsitzende ergänzt, die Verwaltung sei beauftragt, einmal jährlich eine Sondersitzung des Rates zum Thema Klimaschutzkonzept durchzuführen. Nachdem diese bisher aus diversen Gründen nicht stattgefunden hat, wird für das 1. Quartal 2023 eine solche Sitzung geplant.

Frau Rehberger wünscht für die Zuhörerinnen und Zuhörer draußen eine Zusammenfassung, was das bisherige Klimaschutzkonzept gebracht hat und was die Ziele und der Nutzen einer Klimastrategie sind. Frau Münch-Weinmann erläutert das Ziel der Klimaneutralität bis 2035 durch ein Konzept der neuen Klimaschutzmanagerin, nicht mehr in Einzelmaßnahmen, sondern in Meilensteinen. Für die Evaluierung ist es wichtig, messbare Ziele zu formulieren, um erkennen zu können, ob es in die richtige Richtung geht.

Klimaschutz ist laut Herrn Dr. Wilke ein Megathema für die Zukunftserhaltung. Die Bemühungen wurden durch die Pandemie zurückgeworfen. Die Ziele stehen für die CDU nach wie vor im Raum. Es sei durchaus sinnvoll, externen Sachverstand dazu zu holen. Unter Zielen/Meilensteinen sieht er u.a. den kommenden Busverkehr mit Elektrofahrzeugen oder die Fernwärmeversorgung durch das GKM, das bis 2030 vollständig mit Green Energy betrieben werden soll. Die SWS sind auf diesem Gebiet sehr progressiv. Die energetische Sanierung städtischer Gebäude dagegen sei sehr enttäuschend. Es wäre wünschenswert, die allgemeine Vorlage bis zum Frühjahr zu konkretisieren.

Herr Schneider referiert zunächst allgemein zum erdgeschichtlichen Klimawandel. Eine Kleinstadt wie Speyer kann keinen Beitrag zum Weltklima leisten, höchstens eine Kleinklima-Beeinflussung durch konsequente Begrünung, auch im Stadtwald. Das Gegenteil davon werde getan. Er sieht ein Versagen auf ganzer Linie. Da brauche man keine Strategie, kein Konzept und keine lächerliche Provinzposse wie die Ausrufung eines Klimanotstandes.

Herr Ziesling widerspricht, jede einzelne Stadt könne etwas dagegen tun, ein Paradigmenwechsel gehe aber nicht schmerzfrei. Es gilt, verschiedene Rollen neu zu definieren. Wichtige grüne Themen sind die Rolle des Waldes – Stichwort Kohlenstoffmanagement, die Rolle des Wassers – Stichwort Schwammstadt, die Rolle des Bodens – Stichwort Versiegelung. Zielkonflikte dürfen nicht an jedem einzelnen Projekt diskutiert werden, sondern müssen übergreifend betrachtet werden.

Nach Auffassung von Herrn Ableiter ist es nicht die Aufgabe der Stadt Speyer, die Welt zu retten, aber ihren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. In den vorhin zitierten historischen Warmzeiten war die norddeutsche Tiefebene auch ein flaches Meer. Die Stadt ist ihren Verpflichtungen bisher nicht nachgekommen. Windräder werden verhindert, Solaranlagen in

der Innenstadt nicht genehmigt, trotz hoher staatlicher Förderung werden städtische Gebäude nicht energetisch saniert. Die Freien Wähler sprechen sich gegen Kohlverbrennung für Fernwärme und für mehr Begrünung aus.

Herr Czerny hebt Entsiegelungsmaßnahmen hervor. Zudem hat er vorgeschlagen, keine Baumfällungen mehr vorzunehmen. Die praktischen Umsetzungsbeispiele fehlen. Eine Vorreiterrolle von Speyer stellt er in Zweifel, Städte in Polen sind deutlich weiter.

Die Umsetzung geht laut Vorsitzender nur gemeinsam, bei den Städten seien schon viele Konzeptionen theoretisch vorhanden, die koordiniert und an deren Messbarkeit anhand von Zielen und Maßnahmen gearbeitet werden müsse. Auch Frau Hofmann unterstreicht, wichtig sei, dass etwas dabei herunkommt. Sie wünscht sich einen Vorabzugang zu Informationen vor der geplanten Sondersitzung.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Ausschusses für Stadtklima, Umwelt und Nachhaltigkeit beschließt der Stadtrat mehrheitlich (bei 2 Gegenstimmen: AfD, WG Schneider) die Neuausrichtung des Klimaschutzes in Speyer durch die Neuentwicklung einer Klima-Strategie mit einer zielorientierten Methodik und Organisationsstruktur.

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 1243/2022

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig folgende Änderungen:

1. Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Haupt- und Stiftungsausschuss (13.):	<i>unverändert</i> (Johannes Jaberg)	neu: Volker Ziesling für: Matthias Schmauder- Werner
Rechnungsprüfungsausschuss (17.):	<i>unverändert</i> (Irene Broßmann - CDU)	neu: Johannes Jaberg für: Juliana Korovai

2. Auf Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion:

Sozialausschuss (19.):	neu: Jan Robert Schulz Ludwigstraße 2a für: Anna Grohmann	<i>unverändert</i> (Christof Specht)
------------------------	---	---

3. Auf Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion:

Aufsichtsrat der WES GmbH (03.):	zusätzlicher Sitz neu: Simone Kerber-Wilke Im Oberkämmerer 45	---
----------------------------------	---	-----

4. Auf Vorschlag der SWG-Stadtratsfraktion:

Verkehrsausschuss (28.):	neu: Marc Vidmayer Julius-Leber-Straße 32 für: Oliver Klabunde	<i>unverändert</i> (Hans Peter Steigleiter)
--------------------------	--	--

35. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 13.10.2022

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 11

Gegenstand: Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO
Vorlage: 1244/2022

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen mehrheitlich zu (bei 1 Gegenstimme: AfD).

35. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 13.10.2022



35. Sitzung des Stadtrates 13.10.2022 **Stefanie Seiler**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!